

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Die Volkskommunen in China

Im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen die letzten Nachrichten aus der Volksrepublik China über die Erfolge auf dem Wirtschaftssektor. War man bisher auf die nur spärlichen Informationen chinesischer Kommunisten angewiesen, so werden jetzt anlässlich des Jubiläums des zehnjährigen Bestehens der Volksrepublik China zahlreiche Berichte darüber veröffentlicht. Auf zwei Gebieten zeigt sich ein enormer Aufschwung: in *Stahlproduktion* und *Landwirtschaft*. Peking beschloß, die Stahlproduktion im Laufe des Jahres 1958 zu verdoppeln und, anstatt der bisherigen 5,3 Mill., 10,7 Mill. Tonnen zu erzeugen. In der Landwirtschaft erwartet man eine Ernte von 400 Mill. Tonnen Korn (gleichbedeutend mit 500 kg pro Kopf der Bevölkerung), was im Vergleich zum Vorjahr eine Verdoppelung bedeutet. Die kommunistischen Führer betonen, daß die Volkskommunen in einer Zeit größter Anstrengungen der Partei und des Volkes dabei sind, einen „großen Sprung“ zu vollführen — augenblicklich ein beliebtes Schlagwort in China.

Die ersten Nachrichten über die Gründung von Volkskommunen erschienen in der polnischen Presse, ein wirklich klares Bild konnte sich jedoch bis zum 29. August dieses Jahres niemand machen. An diesem Tage veröffentlichte die chinesische Presse und etwas später die Welpresse den Beschluß des ZK der KP Chinas über die *Bildung von Volkskommunen auf dem Lande*. Obwohl dieser Beschluß im Prinzip „die Volkskommunen als eine unumgängliche Tendenz der Entwicklung“ bezeichnete, schlug er doch vor, mit deren Gründung sehr vorsichtig zu verfahren und diese erst in den nächsten vier bis sechs Jahren im ganzen Lande durchzuführen. Aus Gründen, die nicht deutlich erkennbar sind, hat die Bewegung für die Volkskommunen einen unerwartet raschen Verlauf genommen, welchen die nachstehende Tabelle am besten veranschaulicht:

| Datum | Zahl der Kommunen | Dazugehörige Haushaltungen |
|---------------|-------------------|----------------------------|
| 30. August | 8 694 | 37 000 000 |
| 30. September | 23 397 | 112 240 000 |

Das bedeutet, daß am 1. Oktober dieses Jahres 90,4 vH aller chinesischen Bauernhöfe in Volkskommunen erfaßt waren. Ohne auf entsprechende Erfahrungen und eine ideologisch-politische Begründung zu warten, haben die chinesischen Kommunisten nicht nur Chinas eigene Geschichte, sondern auch die des Weltkommunismus vor vollendete Tatsachen gestellt, deren praktischen und theoretischen Aus-

wirkungen höchste politische Bedeutung beige-messen werden muß.

Wie sind die Volkskommunen organisiert?

Zunächst muß festgestellt werden, daß die chinesischen Volkskommunen nichts mit den landwirtschaftlichen Kommunen gemein haben, die seinerzeit in der Sowjetunion entstanden sind und auch von *Trotzki* als höchste Form der landwirtschaftlichen Organisation empfohlen wurden. Die chinesischen Volkskommunen entstanden zwar auf der Basis zusammengelegter landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, vereinigen aber gleichzeitig Industrie, Verwaltung und Schulwesen des jeweiligen Gebietes zu einem Ganzen. Demnach erfassen sie nicht nur Landarbeiter, sondern auch Industriearbeiter, Beamte, Hausfrauen, Schulkinder und Soldaten. Daher sind sie auch keine landwirtschaftlichen Organisationen höheren Typs, sondern völlig *neue Grundorganisationen der chinesischen Volkswirtschaft* überhaupt.

Schon das Gebiet einer Kommune ist riesig: es entspricht ungefähr dem eines „siang“; was etwa dem Begriff der deutschen „Gemeinde“ vergleichbar wäre, jedoch wird auch von wesentlich größeren Kommunen berichtet, deren Ausdehnung etwa dem deutschen „Bezirk“, chinesisch „sien“, entspricht — solche Kommunen bestehen in den Provinzen Honan und Sechuan. Im Beschluß der ZK der KP Chinas wurde davon gesprochen, daß eine Kommune durchschnittlich 6000 bis 7000 Haushaltungen vereinigen solle, aber die letzten Informationen bestätigen, daß durchschnittlich 10 000 Familien, d. h. etwa 60 000 Menschen darin erfaßt sind.

Die organisatorische Seite der einzelnen Kommunen ist noch ungestaltet. So empfiehlt der Beschluß des Plenums vom 29. August, bei der Gründung von Kommunen verschiedene Fragen, besonders in bezug auf den Privatbesitz ihrer Mitglieder, offenzulassen und — wie dort tatsächlich gesagt wird — eine Lösung erst „ein bis zwei Jahre später“ zu suchen. Aber andere Informationen, meistens Zeitungsberichte, ermöglichen, über das Funktionieren der einzelnen Kommunen etwas Genaueres zu sagen. Im allgemeinen herrscht eine dreistufige Organisationsstruktur: die leitenden Funktionen bleiben in den Händen des sogenannten „Stabes der Kommune“, der aus Wahlen hervorgeht. Die Kommunen sind in kleinere Regionen aufgeteilt, an deren Spitze die „Rayonsstäbe“ stehen, und schließlich gibt es „Arbeitsbrigaden“, die in einigen Fällen auch als „Arbeitskolonnen“ bezeichnet werden.

In den Kommunen werden vorläufig verschiedene Arten von Eigentumsformen gewahrt. So bilden zum Beispiel die Mittel ehemaliger Staatsbetriebe eine „volkseigene Form des Eigentums“, während der frühere Besitz der Produktionsgenossenschaften auf die Volks-

kommunen übergegangen ist. Obwohl das private Eigentum im Prinzip aufgehoben werden soll, dürfen die Mitglieder vorläufig einzelne Bäume oder kleine Streifen Land als persönliches Gut betrachten.

Die gesamte Bevölkerung in den einzelnen Kommunen wird in militärischer Weise organisiert und arbeitsmäßig eingesetzt. Verschiedene soziale Einrichtungen, wie öffentliche Verpflegungsanstalten, Kinderkrippen, verschiedene kulturelle Institutionen und Altersheime (in China heißen sie „Glückshäuser“), sollen geschaffen werden. Durch dieses System sollen auch die Frauen von der Haushaltsführung befreit werden und für den Arbeitseinsatz zur Verfügung stehen.

Die Beziehungen, die zwischen Volkskommunen und Staat bestehen, erinnern an die zwischen Staat und Kolchosen in der Sowjetunion oder in anderen volksdemokratischen Ländern. Die Kommunen sind demnach verpflichtet, einen bestimmten Teil ihrer Produktion an den Staat zu liefern, der Rest bleibt zur eigenen Verfügung. Dieser wird auf zweierlei Art aufgeteilt: die einzelnen Mitglieder erhalten ihre Entlohnung entweder in Bargeld oder in Form von kostenloser Verpflegung plus dem Benutzungsrecht für verschiedene soziale Einrichtungen. Im Beschluß des ZK der KP Chinas wird betont, daß die Entlohnung nicht zu einer Verminderung der Produktion führen dürfe. Dort wo entsprechende Bedingungen vorhanden seien, dürfe man zur Entlohnung in Geld übergehen, in allen anderen Fällen aber könne die bisherige Form einer Bezahlung nach Arbeitstagen beibehalten werden. Der Beschluß empfiehlt auch als anderes System die Entlohnung nach Arbeitstagen, abhängig vom erreichten Erfolg. Im Beschluß lesen wir, daß die Volkskommune trotz ihres kollektiven Eigentumscharakters nicht in der Lage ist, Entlohnung „jedem nach Bedarf“ zu gewähren, sondern sie „jedem gemäß seiner Arbeit“ erteilen müsse. Trotzdem aber bilde die Volkskommune „eine besser organisierte Form eines stufenweisen Überganges zum Kommunismus, und wenn ihre Entwicklung anhält, wird sie die Grundeinheit der künftigen kommunistischen Gesellschaft sein“.

Die Rolle der Kommunen in der Volkswirtschaft

Die Auswertung des Materials über die Volkskommunen ergibt, daß die Idee dieser neuen volkswirtschaftlichen Grundeinheit sich aus großen Diskussionen herauskristallisiert hat, die im Frühjahr des vergangenen Jahres in den Reihen der chinesischen KP geführt wurden und deren Parolen, wie „hundert Blumen sollen blühen“ oder „Bereinigung des Stiles der Parteiarbeit“ usw., auch im Westen ziemlich bekannt sind. Im Laufe dieser Diskussionen wurden Maßnahmen gegen „rechte Elemente“ ge-

troffen und so die liberale Blüte erstickt. Die kommunistischen Führer behaupten, daß sich zwei Haupterfolge dieser Diskussion bis heute auswirken: die Bemühung, die Massen zu allen Plänen der Partei heranzuziehen, und ein konsequenter Kampf gegen jegliche Bürokratie. Damals entstanden die von den Industrialisierungsrichtlinien im Sinne *Stalins* ziemlich abweichenden eigenen chinesischen Industrialisierungspläne. Wenn z. B. in der Sowjetunion eine Industrialisierung in erster Linie den Bau großer (wenn nicht gigantischer) Werke und Fabriken bedeutet, so stellen die Chinesen dem ihre Überzeugung von der Bedeutung zahlreicher kleiner, wenn auch primitiver, dafür aber in Massen errichteter Betriebe gegenüber. Auch diese sollen einen Sprung in ein höheres Entwicklungsstadium der Gesellschaft ermöglichen.

Bevor die Weltöffentlichkeit über die Volkskommunen genauer informiert wurde, war bekannt, daß ganz China im Frühjahr dieses Jahres von einem wahren Baufieber ergriffen wurde. In allen Provinzen entstanden zu Tausenden kleine Betriebe — Wasserkraftwerke, kleine Fabriken, die Eisen- und Stahlerzeugnisse, Kunstdünger, Zement usw. produzieren. Nach einem Pressebericht sind allein im Gebiet Hsiniang im Laufe einiger weniger Wochen buchstäblich aus dem Nichts 4530 solcher Betriebe entstanden. Ähnliche Zahlen liegen aus anderen chinesischen Provinzen vor.

Besonders die Probleme der *Stahlindustrie* scheinen für die Forcierung der Volkskommunen ausschlaggebend gewesen zu sein, weil sich die KP Chinas entschlossen hat, eine „breite Massenfront im Kampf ums Metall“ zu organisieren. Es wurden überall primitive, handwerkliche Eisen- und Stahlgießereien erbaut. Die kommunistischen Führer behaupteten zwar, einmal werde die moderne Schwarzmetallurgie in der künftigen Volkswirtschaft Chinas eine Rolle spielen, erwarten jedoch, daß durch den Bau von primitiven Stahl- und Eisengießereien im ganzen Lande schon jetzt ein „Sprung“ nach vorn in der metallurgischen Industrie erreicht werden kann. Man darf in diesem Zusammenhang nicht außer acht lassen, daß ja die modernen Hoch- und Martin-Öfen erst seit einigen Dutzenden von Jahren bestehen, ein Stahl dagegen bereits seit Jahrhunderten in „primitiven“ Gießereien hergestellt wird, der von bis heute unübertroffener Qualität ist (man denke beispielsweise an den toledanischen Stahl!). Auch eine moderne Autostraße kann, anstatt von Maschinen, mit Holzhämmern und einer Vielzahl von Händen erbaut werden.

So kommen wir zur Charakterisierung der theoretischen Seite der chinesischen Volkskommunen. Die Verwirklichung eines Industrialisierungsplanes benötigt das Vorhandensein dreier wichtiger Elemente: Kapital, Technik und Arbeitskräfte. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist aber in einer bestimmten konkreten Situation eine weitgehende

Kompensation von Kapital und Technik durch einen Masseneinsatz von Arbeitskräften sehr wohl möglich. Auf Grund der chinesischen Verhältnisse bedeuten also die Kommunen einen solchen Versuch auf der Basis eines militärischen Arbeitseinsatzes der gesamten Einwohner.

Ein weiterer interessanter Versuch, der im Hintergrund des chinesischen Experimentes eine wichtige Rolle spielt, steht im Zusammenhang mit den Bemühungen, eine praktische Lösung der *agraren Überbevölkerung* in China zu finden. Das gleiche Problem hat in allen osteuropäischen Staaten, besonders in der Sowjetunion, besorgniserregende Formen angenommen. Dort gibt es einfach mehr Arbeitskräfte auf dem Lande als erforderlich sind, und jegliche Mechanisierung und Rationalisierung verstärkt dieses schwelende soziale Übel.

Man braucht nicht daran zu erinnern, daß gerade in China diese agrarische Überbevölkerung ein soziales Problem größten Ausmaßes darstellt. Die Volkskommunen bedeuten einen ersten Versuch zu dessen Liquidierung, indem sie sich zum Ziel setzen, eine maximale Auswertung aller auf dem Lande vorhandenen Arbeitskräfte zu erreichen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften waren dazu nicht in der Lage, dort war lediglich eine Tendenz festzustellen (ähnlich wie heute noch in der Sowjetunion), die Überbevölkerung auf künstliche Weise zu tarnen, und zwar durch unvollkommene Ausnutzung der Arbeitskapazität, Aufrechterhaltung eines primitiven Lebensstandards durch eine Entlohnung, die gerade noch das Existenzminimum sicherstellt. Außer den regulären landwirtschaftlichen Arbeiten wird von den Volkskommunen z. B. der Bau gewaltiger *Bewässerungsnetze* (das solcherart aufgewertete Gebiet beträgt bereits in diesem Jahr 65,3 Mill. ha — eine ungewöhnliche Leistung, die für den Ausfall der heurigen Ernte ausschlaggebend war), die Regulierung von Flüssen, der Anbau von Wäldern usw. in Angriff genommen. Auf lange Sicht streben die Volkskommunen eine enge Verflechtung von Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung an, was eine rationelle Verteilung der Arbeitskräfte, technischen Kader usw. ermöglicht. Die chinesischen Kommunisten sprechen davon, daß die Volkskommunen in Zukunft imstande sein werden, die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen. Hinter dieser Behauptung steht ebenfalls der Glaube an die Möglichkeit einer Überwindung der agrarischen Überbevölkerung in China.

Die chinesischen Volkskommunen und die Lehre Moskaus

Im allgemeinen behauptet die westliche Presse, die sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften reagierten mit Schweigen auf die jüngste revolutionäre Entwicklung in China. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen — es gibt

viele Anzeichen dafür, daß die sowjetischen Wirtschaftsexperten eine *ablehnende* Stellung bezogen haben. Zum Beispiel veröffentlichte die August-Nummer der Wirtschaftszeitschrift „Voprosy ekonomiki“ einen Artikel von *T. Chatschaturow* unter dem Titel „Über die Perspektiven des technischen Fortschritts“, der zweifellos als eine Polemik gegen chinesische Wirtschaftsexperten angesehen werden muß. Darin wird betont, daß „der Übergang zum Kommunismus ein solches hohes Niveau der Entwicklung der Produktionskräfte verlange, daß die Produktion von Erzeugnissen in breitem Strom fließe und eine Verteilung nach dem Bedarf verwirklicht werden könne“. Der Autor betont jedoch, daß das Anwachsen der Produktion nicht die einzige Bedingung für einen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sei. Der Marxismus-Leninismus lehre, daß „der Wechsel der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formationen nicht dadurch bestimmt werde, was man produziert, sondern wie man produziert“. Ferner wird „der technische Fortschritt und das Eindringen der neuen und modernsten Technik“ als wichtigster Faktor für ein Wachstum der Produktivität der Arbeit genannt. Der Artikel polemisiert also gegen die gesamte chinesische Konzeption der Volkskommunen. Während die sowjetischen Theoretiker den Übergang zum Kommunismus von der Massenproduktion aller Erzeugnisse abhängig machen wollen, scheinen die Chinesen diesen Übergang in erster Linie von einer entsprechenden Organisation der sozialen Beziehungen abzuleiten. Diese These verärgert anscheinend in besonderer Weise die sowjetischen Experten, und es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß, wenn die Chinesen von einer baldigen „Verwirklichung des Kommunismus“ in ihrem Lande sprechen, das sowjetische Regierungsblatt „Iswestija“ vom 1. Oktober d. J. die Worte in „Verwirklichung der Kommunen . . .“ abändert.

Diese Kluft vergrößert sich noch deswegen, weil die chinesischen Volkskommunen ihrem ganzen Wesen nach die These über „verschiedene Wege zum Sozialismus“ nicht nur rehabilitieren, sondern in ihrer ganzen Aktualität auf die Tagesordnung der weltkommunistischen Bewegung setzen. Die ganze Angelegenheit ist deshalb so unangenehm für Moskau, weil sie kurz vor dem XXI. Parteitag der KPdSU auftaucht und kaum mit Stillschweigen übergangen werden kann.

Das neueste Experiment in China könnte noch eine andere Folge für die Entwicklung innerhalb des sozialistischen Weltblocks mit sich bringen: Die Volkskommunen könnten unter Umständen als ein zweckmäßiger Weg zur Erreichung eines „Sprunges“ in der Gesellschaftsentwicklung angesehen werden. Für die Kommunisten aller asiatischen oder vielleicht sogar aller zurückgebliebenen Länder wird jedenfalls die jüngste chinesische Erfahrung weit wichtiger sein und viel mehr Anziehungskraft

ausüben als das Vorbild der sowjetischen Entwicklung. Viele Autoren sehen darin mit Recht eine Unterminierung der führenden Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Weltsystem. Uns scheint die Möglichkeit einer Spaltung dieses Systems viel wichtiger, bei welcher einige, meistens „reichere“ Länder sich an der Sowjetunion orientieren werden, während sich gleichzeitig die zurückgebliebenen Länder unter dem Druck ihrer Verhältnisse — Fehlen von Kapital und Technik, mangelhafte Hilfe aus der Sowjetunion und anderen volksdemokratischen Staaten — für den chinesischen Weg zum Kommunismus entscheiden werden. In einigen Fällen, wo die Kommunisten bereits an der Macht sind, könnte das praktische Formen annehmen, anderweitig werden diese Tendenzen zweifellos ihren Ausdruck in den programmatischen Leitsätzen der kommunistischen Parteien finden.

Mit Recht dürfte die Einführung der Volkskommunen in China als eines der wichtigsten historischen Ereignisse unserer Zeit angesehen werden.

Boris Lewytzkyj

Schweizerischer Widerstand gegen die atomare Aufrüstung

Schon seit einigen Jahren konnte man den Äußerungen führender militärischer und politischer Persönlichkeiten der Schweiz entnehmen, daß gewisse Kreise in der Eidgenossenschaft sich ernsthaft mit der atomaren Aufrüstung ihrer Armee beschäftigten. Besonders die Offiziersgesellschaft und die Kreise um die „Neue Zürcher Zeitung“ traten mit Vehemenz für eine solche Bewaffnung ein. Die Regierung in Bern dementierte anfänglich solche Gerüchte, hüllte sich jedoch bald in Schweigen.

Es war nur natürlich, daß sich weite Bevölkerungskreise durch dieses Schweigen der Landesregierung und durch die immer heftigeren Forderungen der Offiziere beunruhigt zeigten. Es waren vor allem religiöse, pazifistische und sozialistische Kreise, die beschlossen, diesen Plänen *zuvorkommen*, und auf den 18. Mai 1958 eine Konferenz gegen atomare Aufrüstung nach Bern einberiefen. Die dort versammelten Leute, unter denen sich zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre und Persönlichkeiten aus der Sozialdemokratischen Partei befanden, beschlossen, eine Initiative für ein Verbot der Atomwaffe in der Schweiz zu lancieren. Es ist in der Schweiz möglich, mit mindestens 50 000 Unterschriften eine Volksbefragung über eine Verfassungsänderung zu verlangen. Die „Atomwaffenverbotsinitiative“ verlangt folgenden Zusatzartikel zur Bundesverfassung: *„Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr und Anwendung von Atomwaffen aller Art, wie ihrer integrierenden Bestandteile, sind im Gebiet der Eidgenossenschaft verboten.“* Der Start zur Unterschriftensammlung wurde auf Herbst 1958 festgelegt.

35 bekannte Persönlichkeiten aus dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung sahen sich durch diesen klaren Beschluß der Berner Konferenz veranlaßt, ihrerseits zum Problem Stellung zu nehmen. In ihrer Erklärung fordern diese „35“, daß die eidgenössische Armee zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie die „wirksamsten Waffen“ einsetzen müsse, und darum die Atomwaffe — trotz allen humanitären und ethischen Bedenken —, wenn irgendwie möglich beschafft werden müsse. Der ganze Fragenkomplex — so wird in dieser Erklärung ausgeführt — dürfe nicht der „gefühlbedingten Entscheidung“ des Volkes anheimgestellt und müsse daher den Sachberatern und dem Parlament überlassen werden. Zu guter Letzt erteilen diese Leute in echt eidgenössischer Schulmeisteri ihren deutschen Kollegen einen strengen Verweis wegen der von ihnen „leichtfertig“ geförderten „Atomtod-Kampagne“. Diese Erklärung war natürlich ein gefundenes Fressen für die Reaktion. Die „Neue Zürcher Zeitung“ zum Beispiel brachte die Erklärung auf der ersten Seite und schrieb in ihrem Kommentar von der „Elite der Linken“ und war des Lobes voll über die weisen Gedanken. Die Adenauer-Regierung benutzte die Erklärung geschickt im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen, wo die Erklärung in Massenaufgabe als „brüderlicher Ratschlag aus der Schweiz“ verteilt wurde.

In Genf traten 53 der bekanntesten Professoren, Wissenschaftler und Politiker mit einer Gegenerklärung an die Öffentlichkeit, worin sie die Atomwaffe als verbrecherisch und unmenschlich ablehnen.

War bisher im Schweizer Volk über diese Frage noch nicht stark gesprochen worden, so sorgten diese Ereignisse dafür, daß trotz den Sommerferien in immer stärkerem Maße das schicksalsschwere Problem diskutiert wurde. Dadurch sah sich der Bundesrat genötigt, endlich mit einer *offiziellen* Verlautbarung herauszutreten: In seiner Erklärung vom 12. Juli 1958 *befürwortet* die Landesregierung die Aufrüstung der Schweizer Armee mit Nuklearwaffen. Diese erste offizielle Erklärung erleichterte den Atomwaffengegnern ihren Kampf. Hatten sie sich bisher auf Vermutungen und inoffizielle Verlautbarungen stützen müssen, so konnten sie nun eine allgemein bekannte Meinung bekämpfen.

Das Verbot des nach Basel einberufenen „Kongresses der europäischen Intellektuellen gegen die atomare Aufrüstung“ durch den Bundesrat war nicht nur eine Schikane gegen die Atomwaffengegner, sondern noch viel mehr ein Schlag gegen das verbriefte Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit. Dem Vernehmen nach sollen die Bonner Regierung und die Kreise um die „35“ nicht unbedeutenden Einfluß auf dieses Verbot gehabt haben. So konnten zum Beispiel Funktionäre einer Baseler Gewerkschaft ihren deutschen Kollegen, die zum Kongreß kommen wollten, schon Tage vor dem Bekanntwerden dieses Verbotes den Rat geben, sich gar nicht erst um Zimmer zu bemühen, da der Kongreß

ohnehin verboten würde! Unter den zahlreichen Protesten, die auf dieses skandalöse Verbot hin bei der *schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung* eingingen, befand sich ein Telegramm des Frankfurter Oberbürgermeisters, der seine Stadt spontan zur Abhaltung dieses Treffens zur Verfügung stellte.

Das Verbot tat jedoch in der Schweiz seine Wirkung: Eine fruchtbare und erregte Diskussion setzte ein, und weite Kreise solidarisierten sich mit den Atomwaffengegnern. Die Bewegung ging mit einer Protesterklärung, die u. a. von Professor *Karl Barth* unterzeichnet war, vor die Öffentlichkeit. Schnell waren in den größeren Schweizer Städten Lokalkomitees, die die Arbeit der Unterschriftensammlung in die Hand nahmen, gebildet. Ein wichtiger Faktor innerhalb dieser Bewegung gegen die atomare Aufrüstung wurde *die Jugend*. Bisher spielte dieser Teil der Bevölkerung eine äußerst passive Rolle, was sich in der Atomfrage schlagartig geändert hat. „Arbeitsgemeinschaften der Jugend“ sind in allen größeren Städten gebildet worden; Diskussionsabende werden veranstaltet und Aktionen durchgeführt. Ein erfreuliches Zeichen!

Die Parteileitung der SPS war genötigt, einen außerordentlichen Parteitag über diese Frage durchzuführen. Im Prinzip standen sich drei Resolutionen gegenüber: Die der „35“, eine vermittelnde des Parteipräsidenten und diejenige der Leute von der Berner Konferenz. Schon vor dem Parteitag wurde diejenige der „35“ zurückgezogen, weil gegen diese Tendenz eine vehemente Gegnerschaft aus der Mitgliedschaft laut wurde. Es ist bezeichnend, daß kein einziger Votant am Parteitag es wagte, diesen Stand-

punkt zu verfechten. Der Parteitag entschied sich nach heftiger Debatte mit 380 gegen 290 Stimmen für die Resolution des Präsidenten. Allerdings erst, nachdem diesem Antrag zwei wesentliche Sätze beigegeben wurden: In umschleierter Form wird die atomare Aufrüstung abgelehnt, und das Prinzip der Volksbefragung wird nun bejaht. Es bedeutet dies eine Niederlage der Richtung der „35“; unseres Erachtens ist es allerdings bedauerlich, daß die Partei der Arbeiterschaft in der Schweiz sich nicht dazu entschließen konnte, schon heute die Atomwaffnung klar und deutlich abzulehnen und die bereits lancierte Initiative zu unterstützen. Statt dessen wurde der Entscheid vertagt und eine eigene Initiative beschlossen, die ohnehin illusorisch ist, weil die Leute von der Berner Konferenz nicht daran denken, nun ihre Initiative deswegen zurückzuziehen. So wird nun der endgültige Entscheid der größten Schweizer Partei dann fallen, wenn es gilt, die Abstimmungsparole für die „Berner Initiative“ festzulegen. Es wird dann einer eindeutigen Stellungnahme bedürfen, und dann wird sich zeigen, welche Gesinnung die jetzt noch „umschleierten“ Ablehner haben.

Wenn das Volksbegehren mit den mindestens 50 000 Unterschriften eingereicht ist, muß es dem Schweizer Volk innerhalb drei Jahren zur Abstimmung unterbreitet werden. Es wird eine der interessantesten Abstimmungen geben, ist es doch die erste ihrer Art, die auf der Welt über diese Frage stattfindet. Hoffen wir, daß das Schweizer Volk reif und erfahren genug sein wird, um der Welt ein Wegweiser sein zu können!

Jean-Pierre Bigler (Zürich)